

22.07.2011 / Inland / Seite 4

Militarisierung als Staatsräson

Bundespräsident: Armee muß an Schulen und Unis mehr Präsenz zeigen

Frank Brendle

Bundespräsident Christian Wulff (CDU) sorgt sich darum, mit dem Ende der Wehrpflicht könne die Bundeswehr in der deutschen Gesellschaft an Boden verlieren. In seiner Ansprache beim Rekrutengelöbnis vor dem Berliner Reichstag forderte Wulff am Mittwoch abend, die Bundeswehr müsse verstärkt in die Öffentlichkeit vordringen.

Den 470 Soldaten, bei denen es sich erstmals ausschließlich um freiwillig Wehrdienstleistende handelte, sagte der Präsident, der »Geist der Bundeswehr« werde sich mit der Aussetzung der Wehrpflicht nicht verändern. »Was sich aber auch nicht ändern darf, ist der Geist, in dem wir als Bürger der Bundeswehr gegenüberreten. Sie gehört in unsere Mitte, in unsere Schulen und Hochschulen, auf öffentliche Plätze«, so Wulffs Ruf nach einer Militarisierung der Gesellschaft. Ansonsten drohe die Freiwilligkeit des Dienens mit einer Gleichgültigkeit in der Gesellschaft einherzugehen. »Hier mache ich mir durchaus Sorgen«, bekannte der Präsident, dessen zurückgetretener Vorgänger Horst Köhler (CDU) vor rund einem Jahr noch eingestanden hatte, die Auslandseinsätze der Bundeswehr dienten vorrangig den Interessen der Wirtschaftskonzerne.

Die deutsche Bevölkerung müsse sich, mahnte ihr Oberhaupt, um die Soldaten »mehr kümmern«, insbesondere um die Verwundeten, und »Anteil nehmen an den Leistungen und Zweifeln der Soldaten.

Die Abordnung vor dem Reichstag stehe, so Wulff, stellvertretend für die 3400 Freiwilligen, die am 4. Juli ihren Dienst angetreten hatten. Diese Zahlen sind allerdings nicht mehr aktuell: Wie sowohl der Hessische als auch der Norddeutsche Rundfunk berichteten, haben zwischen 15 und 20 Prozent dieser Rekruten schon wieder ihren Dienst quittiert. Das ist ihnen in den ersten sechs Monaten jederzeit möglich. Die genannten Gründe lassen erkennen, daß sich diese Frauen und Männer vor Dienstantritt kaum mit dem Militär beschäftigt haben: Man müsse zu früh aufstehen, der »Kasernenhofton« gefalle nicht, und die Grundausbildung sei zu strapaziös. Einige haben inzwischen auch zivile Ausbildungs- oder Arbeitsplätze ergattert.

Auch mit dem von Wulff geforderten Vormarsch in die Öffentlichkeit war es am Mittwoch nicht weit her: Wie gewohnt war der Reichstag weiträumig abgeriegelt, Zutritt erhielten nur geladene Gäste. Darunter waren auch 40 Bundestagsabgeordnete - von insgesamt 620.

Die antimilitaristische Szene legte ihre »Gelöbnis«-Aktion diesmal neu auf und veranstaltete eine Videokundgebung in Kreuzberg. Polizei und Gerichte untersagten es ohnehin, den Protest in wahrnehmbarer Nähe zum Reichstag zu äußern. Man wolle die Zeremonie der Bundeswehr nicht durch eine »Simulation von Pluralismus« aufwerten, erklärte die Deutsche Friedensgesellschaft (DFG-VK). Zudem wolle man der Gefahr einer »Selbstritualisierung des Protests« entgehen. Auf der Kundgebung wurde der Bundeswehr vorgeworfen, bei ihren Auslandseinsätzen auch Kriegsverbrechen zu begehen. In satirischen Videos wurde das Militär verspottet. An der Veranstaltung nahmen mehrere hundert Menschen teil, darunter auch etliche Passanten.